

ANTI-KRIEGSTAG

ARBEITER ES GEHT UM DEIN LEBEN

Erneuere im Kampf den Schwur ...

Der Schwur »Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg«, dieser Schwur des Nichtvergessens und der Vernunft, dem nur die Arbeiterbewegung Geltung verschaffen kann, ist gebrochen. Es herrscht Krieg am 1. September – am Anti-Kriegstag – im dritten Jahr in Folge. Das Verbrechen des Hitler-Faschismus nicht beglichen, zerschlug und okkupierte das Deutschland, das sich selbst als Rechtsnachfolger Hitlerdeutschlands sieht, erneut Jugoslawien. Unendliches Leid ertrug das jugoslawische Volk durch den zurückgekommenen deutschen Völkermord seit dem 24. März 1999. Weil sich deinesgleichen, die serbischen Arbeiter, weigerten, deutsche Knechte zu werden, versank ihr Land im Bombenhagel, wurden ihre Krankenhäuser – 110 an der Zahl –, ihre Schulen – 480 an der Zahl –, ihre Bahnhöfe, Brücken und Fabriken, ihre Dörfer und Städte von der deutschen Besatzungsarmee in Kumpanei mit den verbündeten Kriegstreibern zerstört und 2500 von ihnen ermordet. Und das Leid der Menschen des jugoslawischen Volkes, die nicht deutsche Knechte sein wollen, nimmt kein Ende.

Der Krieg geht weiter, und es ist ein deutscher Krieg. Das NATO-Protectorat der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien ist deutsches Interessengebiet. Minister Eichel – der Eiserne – stellt vorsorglich weitere 120 Millionen DM für die Aufstockung der deutschen Besatzungsarmee zur Verfügung. Damit der deutsche Soldat im Jahr 2001 dort steht, wo 1944 die SS-Division »Handschar« stand. Für Protectoratspolitik und Völkermord ist Geld in der Staatskasse, da wird nicht gespart wie am Arbeitslosengeld, der Arbeiterrente und an der Arbeitergesundheit. Denn Mazedonien ist deutsches Interesse. Da ist sich der Kanzler Schröder ganz sicher. Er ist sich sicher, daß zutrifft, was die »Welt« am 30.6.01 so schrieb: »Ja, der Balkan ist unser Hinterhof. Ja, militärische Macht gehört in letzter

Konsequenz eben doch zu den Mitteln, diese Interessen und Werte durchzusetzen. Franzosen und Briten ... bleiben auf dem Balkan ohne Macht – bis die Deutschen sich besannen, zögerlich noch unter der Regierung Kohl, zur Entschlossen-

ZUR INFORMATION

IGM Vertrauenskörper BMW Regensburg

Anlässlich des 1. September (Antikriegstag) 2001
An die Kolleginnen und Kollegen in Polen, Frankreich, Großbritannien,
Niederlande, Belgien, Österreich, Tschechien, Dänemark, ...

Am 1. Mai 2001 wurde auf der Demonstration des DGB von unseren Vertrauensleuten eine rote Fahne getragen. Auf ihr standen folgende Worte:

»Proletarier aller Länder vereinigt euch«

Leere Worte aus längst vergangener Zeit? Nein. Diese Worte haben für uns eine große Bedeutung!

Wir werden den Arbeiterinnen und Arbeitern unserer Nachbarstaaten sowie den Völkern der ganzen Welt stets die Hände reichen.

Nie werden wir die Waffe erheben gegen unsere Klassenbrüder anderer Länder. Wir werden denen, die von Deutschland aus wieder nach der Welt greifen, in den Arm fallen. Wir treten vehement der Gefahr entgegen, dass von Deutschland aus zum dritten mal die Fackel des Krieges entzündet wird, die die Völker der Welt und uns selbst ins Verderben treibt.

Und so wie wir die Freundschaft gegenüber anderen Völkern wahren, so werden wir im eigenen Land entschieden gegen Rassismus und Faschismus eintreten. Denn diese »Schlacht«, die schon im vollen Gange ist, wird entscheiden, ob wir wie unsere Väter von Rassismus und Nationalismus besiegt die Stahlhelme aufsetzen, um ausziehen andere Völker zu besiegen.

Wir sind uns bewusst, dass ein Satz, und wenn er noch so schön ist, keine Panzer und Armeen aufhalten kann. Seit die Losung »Proletarier aller Länder vereinigt euch« existiert, gab es zwei Weltkriege. Jeder Krieg hatte diese Losung aufgehoben und in das Gegenteil verkehrt, indem er Millionen Proletarier unter der Fahne des Profites auf den Schlachtfeldern im Tod vereinigte.

Kolleginnen und Kollegen,

deshalb muss dieser Satz in Taten umgewandelt werden, er muss von uns »gelebt« werden.

In diesem Sinne reichen wir uns die Hände ob Parteilose, Sozialisten, Kommunisten, Kirchenleute ..., so wie es uns die alten Gewerkschafter gelehrt haben als Erfahrung aus der Hitlerdiktatur.

Egal in welchem Land jemand geboren ist und welchen Pass sie oder er besitzt, wir werden zusammenstehen.

Gegen Ausbeutung

Gegen Faschismus und Rassismus

Gegen Krieg

Für eine bessere und gerechtere Welt

Das bedeutet für uns, den Unterzeichnern dieser Erklärung, dieser kurze Satz:

»Proletarier aller Länder vereinigt euch«.

(Die Erklärung des IG Metall Vertrauenskörpers BMW Regensburg wurde von über 800 BMW-Kollegen im Werk Regensburg unterschrieben.)

heit gezwungen unter der Regierung Schröder. So hat sich Europa verändert, weil vor allem die Deutschen sich verändert haben.«

Wie wenig sich das Deutschland verändert hat, nachdem es sich 1990 die DDR heim ins Reich holte, zeigt jener marodierende Haufen, der für andere Imperialisten allenfalls ein nützlicher Idiot ist, aber für Großdeutschland Fleisch von seinem Fleische ist, die UCK. Ihre Forderungen an die mazedonische Regierung sind wortwörtlich aus den Ultimaten der deutschen »Vertriebenen« an die Republik Polen abgeschrieben. Ihr großalbanisches Staatsverständnis ist nur mit dem deutsch-völkischen vereinbar. Die UCK, diese deutsche fünfte Kolonne, ist de facto eine Zweigstelle der Bundeswehr, die vom NATO-Generalsekretär als eine Bande von Dieben und Mördern, von Fischer und Scharping im Bundestag aber konsequent als »Befreiungsarmee« titulierte wird. Die *Befreier* deutscher Großmachtinteressen im Kosovo und in Mazedonien läßt die Bundeswehr auf ihre Truppenparaden (so am 3.10.2000 in Prizen), UCK-Gangster wie Agim Ceku auf die Ehrentribüne, und andere UCK-Bosse wie Ali Ahmeti werden im Deutschen Bundestag als Ehrenmänner und Garanten eines Waffenstillstands in Mazedonien gefeiert, während am selben Tag (6.7.01) die US-amerikanische Regierung ein Einreiseverbot gegen besagten Ahmeti und seine Kumpanen erläßt. Und während der US-Präsident am 24. Juli im Kosovo den albanischen Separatismus verurteilt, für die Beibehaltung der bestehenden Grenzen auf dem Balkan plädiert und all jene verurteilt, die die Infiltration von Separatisten nach Mazedonien ermöglichen, organisiert die Bundeswehr gerade jene Infiltration, zerstört zwischen Serbien und Mazedonien eine der ältesten Grenzen Europas und pfeift ihre Soldaten zurück, die die UCK entwaffnen wollen. (Spiegel 31/01) Und während die USA die Konten der UCK sperrt, überweist die BRD allein in den letzten Wochen 43 Millionen, die hierzulande gesammelt wurden. Das Treiben des Deutschen Imperialismus und seines Ziehkinds UCK, seine Okkupationspolitik, die nicht vor den Grenzen Mazedoniens halt macht, und die nicht geheim geblieben ist, beantworten seine NATO-Verbündeten mit der »Entwaffnung« der UCK. Das aber kann und darf nicht die Sache Englands, Frankreichs und der USA bleiben, sondern damit dies in geordneten deutschen Verhältnissen geschieht, damit die UCK gezwungenermaßen ihre Waffen zwar abgibt, aber dafür weitere Staatsgewalt in Mazedonien erhält, dafür macht sich der Kanzler Schröder stark. Denn die jahrelange Infiltration, Zersetzung und Okkupationsvorbereitung gegen die frühere jugoslawische Republik Mazedonien steht für die BRD auf dem Spiel. Ein weiteres Kontingent deutscher Soldaten gegen die NATO-»Verbündeten« und Miträuber erscheint unerläßlich. Da schon nicht erreicht werden konnte, daß das Treiben der UCK im deutschen Interesse weiter von ihnen hingenommen wird, bedarf es jetzt erneut des deutschen Soldaten.

Die Zerschlagung Jugoslawiens war großdeutsche Tat. Die Fortsetzung der Balkankriege ist großdeutsche Tat. Es hat dieses nicht sein Ende in Mazedonien. Längst sind die

deutschen Fabrikbesitzer und in ihrem Gefolge der deutsche Militarismus, durch Bundeswehr, durch deutsche Polizeikräfte in den Staaten Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien wie unter anderem in den ehemaligen sowjetischen Republiken Litauen, Estland usw. eingefallen. 150.000 modernst bewaffnete Mann Einsatztruppen und 56.000 neue Lazarettplätze werden gerade durch die Bundesregierung aufgebaut. Für einen 30-Tage-Spaziergang in Mazedonien? Nein! Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Breuer, weiß es besser: »Die Soldaten im Inland heute sind die Einsatzsoldaten von morgen.« (FAZ 17.8.01) Der Krieg gegen das jugoslawische Volk und gegen seine Arbeiter hat längst auf dich, Arbeiter, zurückgeschlagen. Du zahlst ihn, mit dem Verlust deiner Lohnarbeit, mit deiner Rente, die sich immer mehr in Rauch auflöst, mit deiner Gesundheit, weil der Staat dir die Kriegskosten in Rechnung stellt. Der erneute Ostlandritt, der erneute geplante Völkermord an denen, die über Hitler-Deutschland, den Barbaren, obsiegt, an den Völkern des Ostens wird dir, Arbeiter, das Leben kosten. Die deutsche Bourgeoisie samt ihrer Kanaille in der Regierung ist nicht nur der Feind des Arbeiters auf dem Balkan, sondern der ureigenste Feind von dir, Arbeiter, selbst. Der deutsche Imperialismus ist schwach und zu spät gekommen bei der Aufteilung der Welt und deshalb barbarisch und kriegslüstern. Die Oberen, die den Frieden in Krieg verwandeln, sind wenige. Arbeiter sind viele und stark, wenn sie ihre Gleichgültigkeit, die sie gegenüber ihren ureigensten Interessen an den Tag legen, überwinden. »Um unsere Interessen zu wahren ist es wichtig, daß Deutschland mit einer Stimme spricht« – so Kanzler Schröder. Das ist der Aufruf zur Kumpanei mit dem Aggressor, den die Gewerkschaftsführung bereit ist zu billigen. Die Stimme des Kapitals kann niemals die Stimme der Arbeiterbewegung sein. Das Kapital sagt nicht nur ja, es ist der Krieg. Wir sagen Nein zu jedem Völkermord. Was hier und heute und an diesem Antikriegstag 2001 zu fordern ist, wofür wir auf die Straße gehen und wofür wir in unseren Gewerkschaften und in den Betrieben zu kämpfen haben, ist nicht das Äußerste, nicht das kaum Machbare. Was zu tun ist, ist das Allermindeste.

Keine Kumpanei mit dem deutschen Kriegstreiber!

Die Kriegsschäden in Jugoslawien durch den deutschen Staat müssen bis auf den letzten Heller und Pfennig aus dem Kriegshaushalt der BRD bezahlt werden!

Großdeutschland hat mindestens 80 Milliarden an Reparationen an das Volk Jugoslawiens zu leisten!

Kein deutscher Soldat in einem fremden Land!

Deutsche Truppen raus aus dem Balkan!

So und nicht anders kann dem Schwur »Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg« von der Arbeiterbewegung wieder Geltung verschafft werden.

Trotz Verbot: Das deutsche Militär hat wieder einen Generalstab

Menschen, seid wachsam!

Mitten in das laute Wehklagen über die mangelnde Einsatzfähigkeit der Bundeswehr schob sich im Juli dieses Jahres die leise Meldung aus dem Verteidigungsministerium, die Bundeswehr habe ein »Einsatzführungskommando« in Potsdam aufgebaut. Worum handelt es sich? »Mit dem Einsatzführungskommando verfügt die Bundeswehr über einen operativen Führungsstab auf der Armee-Ebene, der in seinen Funktionen Aufgaben wahrnimmt, die in den früheren deutschen Armeen vom Generalstab wahrgenommen wurden.« meldete die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« am 10.7.2001.

Was waren das für Aufgaben, die der Generalstab in früheren deutschen Armeen wahrnahm?

Vor dem I. imperialistischen Weltkrieg plante er generalstabsmäßig den Überfall auf die Völker Europas, arbeitete die »Blitzkriegsstrategie« aus und leitete den Weltkrieg von 1914 bis 1918. Die Siegermächte erwirkten zu Recht in Versailles 1919 die Auflösung und das Verbot des Deutschen Generalstabs wegen Planung und Durchführung dieses Krieges.

Kaum war allerdings der letzte Schuß des Ersten Weltkriegs gefallen, arbeitete der Generalstab an Plänen für den Zweiten. Trotz Verbot durch die Alliierten. In der Weimarer Republik versammelten sich die Generalstabsoffiziere im sogenannten »Truppenamt« der Reichswehr und ließen 1935 diesen Tarnnamen fallen. Offiziell nannten sie sich wieder Generalstab. Und wieder führten sie einen Weltkrieg, mit noch schrecklicheren Folgen als beim ersten Mal.

Als die Vertreter der USA, Englands und der UdSSR 1945 in Potsdam die Konsequenzen aus diesem barbarischen Gemetzel zogen, verfügten sie, daß neben SS, SA und Gestapo auch sämtliche Streitkräfte Deutschlands, »einschließlich des Generalstabes, des Offizierskorps ... völlig und endgültig aufgelöst« werden, »um damit für immer der Wiedergeburt oder Neugestaltung des deutschen Militarismus oder Nazismus vorzubeugen.«

Nicht die Deutschen, sondern die Völker und Regierungen des Auslands zogen Schlußfolgerungen aus den Verbrechen des deutschen Generalstabs, auf dessen Konto unzählige Verbrechen gingen:

- Schon 1848 ließen Generalstabsoffiziere die Kämpfer für bürgerliche Freiheiten niederknallen und erstickten die Revolution im Blut.
- Die erste Arbeiterregierung auf dem Erdball, die Pariser Kommune, wurde 1871 mit Hilfe des deutschen Generalstabs niedergemetzelt.
- Die deutsche Novemberrevolution des Jahres 1918, die den Krieg endlich beendete, ließ der deutsche Generalstab mit Kanonen zusammenballern, Tausende Arbeiter fanden den Tod.
- Vorbereitung und Durchführung von Kriegen gegen Österreich, Dänemark und Frankreich im 19. Jahrhundert, von zwei Weltkriegen im 20. Jahrhundert.

Kein einziges Mal seit über 150 Jahren hat der deutsche Generalstab auch nur eine Sekunde für den Frieden gearbeitet. Keine einzige Sekunde stand er auf der Seite des Volkes und

der Arbeiter. Sein ganzes Streben war auf die Erfüllung der Kriegsziele der deutschen Monopolkapitalisten gerichtet und der Niederhaltung des Volkes, um es ohne Murren in das Schlachten zu schicken.

In den Nürnberger Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher wurde der Generalstab als verbrecherische Organisation angeklagt und im Urteil über die Männer des Generalstabes ist zu lesen: »Sie sind in großem Maße verantwortlich gewesen für die Leiden und Nöte, die über Millionen Männer, Frauen und Kinder gekommen sind. ... Ohne ihre militärische Führung wären die Angriffsgelüste Hitlers und seiner Nazi-Kumpane akademisch und ohne Folgen geblieben.«

Obwohl ganz eindeutig der Generalstab »endgültig aufgelöst« zu sein hat, ist er unter neuem Namen wieder erstanden. Wie konnte es dazu kommen?

Unter Bruch des Potsdamer Abkommens stand ganze 11 Jahre nach dem Ende des II. Weltkrieges die Wehrmacht Gewehr bei Fuß und nannte sich fortan Bundeswehr. Aufgebaut von Wehrmachtsgenerälen und Generalstabsoffizieren. Erster Generalinspekteur der Bundeswehr wurde General Heusinger, Generalstabsoffizier unter Hitler und schuldig an zahlreichen Kriegsverbrechen. Die Konkurrenten des wieder auferstehenden deutschen Monopolkapitals nahmen die BRD 1955 in die Nato auf, um den unverbesserlichen Kriegstreiber besser kontrollieren zu können. Sie mißtrauten ihm so sehr, daß sie ihm noch keinen eigenen Generalstab gestatteten und zugleich traute die Bundeswehr sich damals noch nicht, den deutschen Generalstab gegen die Westmächte einfach wieder aufzustellen. Aber wie in Zeiten der Weimarer Republik arbeiteten die alten und neuen Bundeswehr-Generäle insgeheim am Aufbau eines Generalstabs, der die Teilstreitkräfte Heer, Marine und Luftwaffe zusammenfaßt und im Krieg zentral führt. Denn ohne die Zusammenarbeit der Teilstreitkräfte ist das Kriegführen so gut wie unmöglich.

Aber die anderen Nato-Staaten schoben hier insofern einen Riegel vor, als sie den Deutschen keine Sonderrolle mit eigener Kriegführung erlaubten und per Vertrag regelten, daß im Kriegsfall die Deutschen ihre Streitkräfte aus Heer, Marine und Luftwaffe getrennt den Nato-Befehlshabern zu unterstellen hatten. Offensichtlich fürchteten sie, die Deutschen könnten ihre militärische Macht unter einem Oberbefehl bündeln und erneut losschlagen.

So sieht es auch die großbürgerliche Presse. Mit dem Verzicht auf einen Generalstab »nahm man Rücksicht auf alte Ängste der westeuropäischen Partner vor einem mächtigen deutschen Generalstab.« (FAZ 3.1.95)

Deswegen blieb die Bundeswehr die einzige Armee in der Nato, die keinen Generalstab besaß. Das änderte sich schlagartig mit der Einverleibung der DDR. Die BRD wurde nicht nur größer und mächtiger, sie eroberte sich zugleich die »volle Souveränität« von den Siegermächten des II. Weltkrieges – und warf sie 1994 per Fußtritt aus dem größeren Deutschland hinaus. Die Nato mußte dem deutschen Druck nachgeben und der

BRD die eigenständige Kriegführung gestatten mit generalstabsmäßigem Oberkommando. Jetzt gab es kein Halten mehr. Systematisch wird auf einen Generalstab hingearbeitet. Die Bundeswehrführung beginnt, »aus dem mit der Wiedervereinigung verbundenen Gewinn der vollen Souveränität die sachlich gebotenen Konsequenzen für die Spitzengliederung der Bundeswehr, für die Organisation ihrer Führung zu ziehen.« (FAZ 12.1.95) Im Januar 1995 errichtet die Bundeswehr ein »Führungszentrum«, das einem Generalstab sehr nahe kommt, aber noch keinen Generalstabschef an der Spitze hat. Die FAZ beklagt »die andauernde Weigerung, der Bundeswehr das zu geben, was für jede andere Armee der Welt schiere Selbstverständlichkeit ist: ein Generalstab.« (12.1.95)

Noch wollen bürgerliche Politiker vertuschen, was unter der Hand längst im Aufbau ist. Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Breuer, wandte wenige Tage nach Beendigung der Bombardierung Jugoslawiens im August 1999 gegen die offizielle Schaffung eines Generalstabes noch ein, »die Bundeswehr sei ein »zu sensibles Instrument deutscher Politik, um Experimente mit ihr durchzuführen« ... In der SPD hieß es, das »Reizwort Generalstab« erinnere an die Nazi-Zeit und an die negativen Erfahrungen im Ersten Weltkrieg.« (FAZ 7.8.99) Zwei Jahre später jedoch ist die Schamfrist abgelaufen und der

Generalstab steht. Zur Vertuschung der Wahrheit, zum Betrug der Nato und des eigenen Volkes, heißt er nicht Generalstab, sondern »Einsatzführungskommando«. Auch dieser Betrug ist nicht neu. Der Nazi-Generalstab hieß zeitweise »Wehrmachtsführungskommando«. Worüber sich der US-amerikanische Ankläger in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, Oberst Taylor, 1946 nicht täuschen ließ: »Das Wesen eines Generalstabes ... liegt nicht im Namen, den man ihm gibt, sondern in den Funktionen, die er ausübt ...« Wie schrieb doch die FAZ im Juli 2001: Das Einsatzführungskommando nimmt »Funktionen« eines Generalstabes wahr. Wie wahr.

Das deutsche Militär hat wieder seinen Generalstab und das deutsche Volk schläft. Schläft in einer Zeit, in der es längst hellwach sein müßte. Der Generalstab soll erstmals eingesetzt werden im Krieg gegen Mazedonien, berichtete die Deutsche Welle schon am 11.7.2001. Aber eigentlich wird der Generalstab aufgebaut für größere Ziele, wie auch die ganze Bundeswehr umgebaut und aufgerüstet wird für Ziele, die die Fernsendung »Monitor« am 17. Mai 2001 enthüllte: »Vielmehr sollen auch Milliarden für die Modernisierung von Waffensystemen ausgegeben werden, die sich – wenn überhaupt – nur noch für den Einsatz in der russischen Steppe eignen.« Menschen, seid wachsam!

Ohne Auschwitz kein Staat Israel

Stellungnahme des Zentralkomitee vom 18. August 2001

Leider verhält es sich so: Ein besonderer Anlaß, der uns zwingt, darüber nachzudenken, worauf unsere Solidarität mit dem jüdischen und dem palästinensischen Volk sich gründet, ist nicht notwendig. Denn der deutsche Imperialismus selbst ist der fortdauernde Anlaß:

Am 29. November 1947 entschied die Generalversammlung der UNO, Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat zu teilen. Damit schloß sich die Mehrheit der UNO – derjenigen Organisation also, deren Hauptzweck es war, eine neuerliche Gefährdung des Weltfriedens durch den deutschen Imperialismus zu verhindern – einem Standpunkt an, den Andrej Gromyko für die UdSSR so formulierte:

»Der Umstand, daß kein abendländisches Land in der Lage gewesen ist, die Grundrechte des jüdischen Volkes zu verteidigen und es gegen die von den faschistischen Henkern ausgelöste Gewalttätigkeit zu beschützen, erklärt den Wunsch der Juden, einen eigenen Staat zu gründen. Es wäre ungerecht, diese Tatsache nicht zu berücksichtigen und dem jüdischen Volk das Recht zu verweigern, seine Wünsche zu verwirklichen.«

Ohne Auschwitz kein Staat Israel, auf diese bittere Wahrheit reduziert sich die Antwort auf die Frage, warum der Staat Israel gegründet wurde, warum er fortbestehen muß, so lange bis seine Menschen die Zeit für gekommen halten, gemeinsam und zusammen mit dem palästinensischen Volk zu leben und zu arbeiten. Ohne Auschwitz kein Staat Israel, auf diese bittere Wahrheit reduziert sich die Antwort auf die Frage, warum in unserem Land die Antifaschisten den UNO-Beschluß von 1947 und die Existenz des Staates Israels kompromißlos verteidigen müssen. Daß unser Volk Auschwitz nicht verhindern konnte, das gehört bis auf den heutigen Tag zu den Wurzeln des Konflikts

zwischen dem jüdischen und palästinensischen Volk. Daß unsere Bevölkerung auch nach dem 8. Mai 1945 Politiker wie Herr Strauß nicht einfach in die Wüste geschickt hat, – die öffentlich sagten, ein Volk, daß solche wirtschaftliche Leistungen vollbracht habe wie das deutsche, habe auch das Recht an Auschwitz nicht mehr erinnert zu werden, – daß wir mit solchen Herren nie fertig geworden sind, das hat unsere Schuld noch vergrößert. Wiederum ein Stück größer wurde unsere Schuld dann, als wir die friedliche Annexion der DDR zugelassen haben: Jetzt ist es wieder normal geworden, daß Synagogen in diesem Land brennen und Menschen wegen ihres Glaubens oder ihrer Hautfarbe verfolgt, geschlagen und verbrannt werden. Und daß es heute schließlich dahin gekommen ist, daß ein Herr Fischer nach Israel und Palästina reist und sich dort zum Schiedsrichter aufspielt, macht unsere ganze nie bewältigte Vergangenheit zu einer brennenden Gefahr für die Gegenwart, hier wie im Nahen Osten. Nie und nimmer kann es unser Recht oder unsere Aufgabe sein, dem jüdischen oder dem palästinensischen Volk Ratschläge zu geben, wie sie einen Konflikt lösen sollen, der auf unsere Schwäche zurückgeht und sich verschärft mit unserer Schwäche. Es mag ja sonntäglichere Arten der Solidarität geben, solche die weniger vom Schmutz unserer unbewältigten Vergangenheit starren. So lange unsere Herren ungestraft und ungehemmt ihre stets und stur gleichbleibenden Ziele verfolgen können, so lange wir ihnen nicht den Weg verbauen, so lange liegt unsere Aufgabe gerade darin: endlich die Lehren aus unserer Geschichte zu ziehen und stärker zu werden als die Baumeister von Auschwitz. Nur so und nur dann sind wir solidarisch mit dem palästinensischen und zugleich mit dem jüdischen Volk.

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Flugschrift der Kommunistischen Arbeiterzeitung (21.8.2001) · Druck + Verlag: Das Freie Buch, Tulbeckstr. 4, 80339 München
Internet: <http://www.arbeiterbund-fuer-den-wiederaufbau-der-kpd.de>

**KOMMUNISTISCHE
ARBEITERZEITUNG**